



Fachschaftsräte Politik & Verwaltung, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften der
Wirtschafts- & Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam
Campus Griebnitzsee · August-Bebel-Str. 89 · 14482 Potsdam

An die Angehörigen der Universität Potsdam aller Statusgruppen
sowie an die Presse

Potsdam, den 06. November 2023

Gemeinsame Stellungnahme zum Umgang mit sexualisierter Gewalt an der WiSo-Fakultät der Universität Potsdam und zur vom AStA am 01.11.23 veröffentlichten Stellungnahme

Sehr geehrte Angehörige der Universität Potsdam,
sehr geehrte Vertreter*innen der öffentlichen Presse,
liebe Studierende, liebe Kommiliton*innen,

die Fachschaftsräte Politik & Verwaltung, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie möchten
geschlossen als Studierendenvertretungen der Wirtschafts- & Sozialwissenschaftlichen Fakultät
(WiSoF) der Universität Potsdam Stellung zum Umgang mit sexualisierter Gewalt an der WiSoF sowie
dem vom AStA am 01.11.23 veröffentlichten Statement Stellung beziehen.

Der 27. AStA hat das besagte Statement am 01.11.23 über den Studi-Mailverteiler an alle Studierenden
der UP versendet. Dieses Statement wurde zwar wie von den Referent*innen im zugehörigen Mailtext
beschrieben vom Opfer der Vergewaltigung, die sich im Dezember 2022 ereignete, verfasst, jedoch zu
keinem Zeitpunkt von den Fachschaftsräten der WiSoF unterzeichnet. Das Statement wurde am
08.10.23 verfasst und ist uns kurz darauf mit dem Angebot der Mitzeichnung zugegangen. Die dem
AStA von den Vertrauenspersonen des Opfers zugeschickte Version dieses Statements war nur zur
Veröffentlichung als Stellungnahme des Opfers gedacht, suggeriert jedoch, dass die WiSo-FSRs die
Verfasser*innen dieses Statements sind. Dies ist leider nicht der Fall, denn die WiSo-FSRs haben der
Veröffentlichung dieses Schriftstückes in dessen inhaltlichen und strukturellen Form nicht zugestimmt.
Wir möchten in dieser Stellungnahme deutlich Position zu dem Fall beziehen und Missverständnisse
aus dem Weg räumen bzw. wichtige Informationen ergänzen.

Die WiSo-FSRs wurden erstmals am 15.09.23 per E-Mail von Vertrauenspersonen des
Vergewaltigungsopfers über den Fall informiert und um Unterstützung gebeten, die strukturellen
Probleme an der WiSoF und der gesamten UP zu identifizieren und als Studierendenvertretungen der
betroffenen Fakultät unsere internen und externen Kontakte und Kanäle zu nutzen, um diese zu
beheben. Das am 08.10.23 verfasste Statement des Opfers ist uns wie vorab durch die
Vertrauenspersonen angekündigt zugekommen und wir waren weiterhin bestürzt, entsetzt und tief
betroffen über die emotional belastenden Situationen, die das Opfer aufgrund struktureller Probleme
in dem Umgang mit sexualisierter Gewalt an der Universität Potsdam durchleben musste. Wir stehen

in voller Solidarität zu dem Opfer der Vergewaltigung und es hat für uns oberste Priorität, im Sinne des Opfers zu handeln und unsere gemeinsamen Erfahrungen als Studierendenvertretungen zu nutzen, um uns respektvoll, diskret, effektiv und konstruktiv mit dieser Angelegenheit zu befassen und das Opfer zu unterstützen. Der Umgang mit sexualisierter Gewalt an der WiSoF und der gesamten Universität Potsdam muss sich dringend ändern und ist nach den Beschreibungen des Opfers absolut nicht hinnehmbar. Aus Sicht der WiSo-FSRs ist der Umgang der WiSoF und der zuständigen Personen und Institutionen bis zum Zeitpunkt des ersten Gesprächs zwischen den FSRs und der WiSoF-Leitung als absolut unzureichend zu bezeichnen.

Wir haben uns nach intensiven Gesprächen mit den Vertrauenspersonen und einer gemeinsamen Sondierung der möglichen Herangehensweisen und Strategien dazu entschieden, unsere breit aufgestellte studentische Beteiligung in diversen Gremien der WiSoF aktiv und schnellstmöglich zu nutzen, um den Fall anzusprechen und im direkten Dialog mit Lehrenden, Studierenden und sonstigen Angehörigen der WiSoF und insbesondere der Fakultätsleitung ins Gespräch zu kommen. Unser Ziel war und ist es, die Fakultätsleitung mit der professionellen Aufarbeitung des konkreten Falls zu betrauen, sowie dringend notwendige Präventionsmaßnahmen und Restrukturierungen von Meldekettensystemen und Hilfsangeboten in Angriff nehmen zu lassen. Im Rahmen unserer FSR-Arbeit und studentischen Veranstaltungen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, uns umfassend mit Awareness-Konzepten auseinanderzusetzen und unser eigenes Bewusstsein für sexualisierte Gewalt zu schärfen.

Die Fakultätsleitung wurde schnellstmöglich, erstmals am 11.10.23, in der fachübergreifenden Studienkommission (StuKo) von den WiSo-FSRs über den Fall informiert und hat bestürzt und mit großer Ernsthaftigkeit darauf reagiert. Auf die StuKo folgten eine Vielzahl an Gesprächen sowie weitere Gremiensitzungen, in denen der Fall immer wieder von Vertreter*innen der drei WiSo-FSRs vorgebracht und eingefordert wurde, dass der Fall aufgearbeitet und auf zukünftige Fälle bestmöglich durch neue und restrukturierte Präventionsmaßnahmen reagiert wird. Wir haben in jeder dieser Gremiensitzungen eine große Bestürzung über den Fall sowie die Zustimmung erhalten, dass der Umgang mit dem besagten Fall an der WiSoF fatal verlaufen ist und neue Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden müssen. In folgenden Gremiensitzungen haben die WiSo-FSR-Vertreter*innen den Fall vorgebracht, in denen (bis auf die VeFa) immer auch Mitglieder der Fakultätsleitung, Professor*innen oder Prüfungsbeauftragte anwesend waren:

- Studienkommission (StuKo) am 11.10.23
- Versammlung der Fachschaften (VeFa) am 24.10.23
- Fakultätsrat (FakR) am 25.10.23
- Prüfungsausschuss der Sozialwissenschaften (PA SoWi) am 01.11.23

Ohne die dramatischen und belastenden Geschehnisse, die vom Opfer im Statement des 08.10.23 beschrieben wurden, schmälern oder in Frage stellen zu wollen, möchten wir deutlich machen, dass die Fakultätsleitung der WiSoF unverzüglich nach erstem Erhalt der Information in der StuKo vom 11.10.23 Schritte eingeleitet hat, um den Fall und den fehlerhaften Umgang mit diesem aufzuarbeiten. Darüber hinaus werden neue Vertrauenspersonen in der Fakultät benannt, sowie mit der Konzeptionierung eines Leitfadens begonnen, der den Umgang mit sexualisierter Gewalt thematisiert und konkrete Anhaltspunkte liefert, wie Lehrende und Studierende in solchen Fällen handeln sollen und müssen. Wir begrüßen es sehr, dass diese Maßnahmen in direkter Absprache mit den Vertrauenspersonen des Opfers erfolgt sind und erfolgen werden und wir WiSo-FSRs an der Konzeption des Leitfadens aktiv beteiligt werden sollen. Darüber hinaus unterstützen wir das Vorhaben der Fakultätsleitung, diesen Leitfaden nach Fertigstellung auch an alle anderen Fakultäten der Universität weiterzuleiten, da sexualisierte Gewalt in allen Bereichen und Fakultäten der

Universität thematisiert werden muss. Wir erwarten, dass sich alle anderen Fakultäten der UP diesem Vorhaben anschließen, um so einheitliche Beratungsstandards für alle Studierenden zu setzen.

Als WiSo-FSRs machen wir es weiterhin zu unserer Priorität, im engen und vertrauensvollen Austausch mit der Fakultätsleitung zu bleiben und darüber hinaus den Fall und all seine Implikationen im Sinne der Restrukturierung mangelhafter Informationsflüsse und Meldekettens innerhalb der Fakultät auch in zukünftigen Gremiensitzungen weiterhin auf der Agenda zu behalten. Uns ist es ein großes Anliegen, dass diese Restrukturierung im Sinne des Opferschutzes nicht nur in der WiSoF, sondern in der gesamten Universität umgesetzt wird. Hierfür werden wir zeitnah auch den Senat kontaktieren und mit den anderen FSRs im Rahmen der VeFa im Kontakt bleiben. Selbstverständlich ist für uns WiSo-FSRs die Zusammenarbeit mit dem AStA unverzichtbar und wir hoffen weiterhin darauf, produktiv mit den AStA-Referaten kooperieren und als studentisches Gremium zusammenarbeiten zu können. Dabei ist es uns wichtig, auf die komplexe Mehrdimensionalität des Falles in einerseits juristischer Hinsicht in puncto Anpassung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes und Aufarbeitung des Falls sowie der Behebung struktureller Probleme im Rahmen der Universität Potsdam aufmerksam zu machen. Als Studierendenvertreter*innen können wir aufgrund begrenzter Kompetenzen und Kapazitäten lediglich im zweiten Bereich konkret und eigenständig aktiv werden. Selbstverständlich unterstützen wir aber u.a. die Petition an den Rechtsausschuss des Landtags Brandenburg, das Hochschulgesetz im Sinne des Opferschutzes anzupassen und beobachten die hiesigen Entwicklungen aufmerksam.

Wir fordern weiterhin nicht nur die Fakultätsleitung, sondern auch die Leitung aller anderen Fakultäten und der Universität dazu auf, sich diesem Fall weiterhin anzunehmen und mit größter Dringlichkeit bestehende strukturelle Probleme aufzuarbeiten. Hierfür bieten wir auch in Zukunft als ehrenamtliche Vertreter*innen studentischer Interessen unsere Unterstützung und Beteiligung an.

Wir sind seit der Thematisierung des Falls in der StuKo vom 11.10.23 für die hervorragende Kommunikation mit der Fakultätsleitung, den genannten Gremien sowie den Vertrauenspersonen des Opfers sehr dankbar und sind gleichzeitig erfreut darüber, wie gut die Abstimmung unter den involvierten Instanzen in Anbetracht dieses wichtigen Falles funktioniert.

Im Interesse des Opfers leiten wir Presseanfragen zu diesem nun öffentlich bekannten Fall an die Vertrauenspersonen der betroffenen Studierenden weiter, äußern uns als Zusammenschluss studentischer Gremien auf Anfrage jedoch gerne zur erfolgten Zusammenarbeit mit der Fakultätsleitung sowie der aktuellen Beschäftigung unserer Gremien mit Awareness-Strategien und Präventionsmaßnahmen.

Wir sprechen uns ausdrücklich für einen diskreten und respektvollen Umgang aller Beteiligten mit dem Fall und sexualisierter Gewalt als real existierendes Problem aus und stehen in voller Solidarität zu allen Betroffenen.

Mit freundlichen Grüßen

FSR Politik & Verwaltung (fsr-powi@vefa.uni-potsdam.de) und, FSR Soziologie (fsr-soziologie@mail.asta.uni-potsdam.de) und FSR Wirtschaftswissenschaften (team@fachschaftratsrat.de)
an der Universität Potsdam